



165. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
22.Oktober 2015

Antrag 1

Verhinderung einer zukünftigen Unterfinanzierung der Wiener Volksschulen

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Bedarfsorientierung im Finanzausgleich für die Volksschulen in Wien um eine langfristige Unterfinanzierung zu verhindern.

Im Jahr 2009 lag die Zahl der Volksschulkinder in Wien bei rund 61.000. Diese Zahl steigt laut Prognosen im Jahr 2020 auf rund 73.000. In den kommenden Jahren wird die Einwohnerzahl in Wien die zwei Millionen Grenze überschreiten.

Die Volksschulbildung unserer Kinder ist unbestritten der wichtigste Grundstein für einen weiteren erfolgreichen Bildungsweg und dem anschließenden Arbeitsleben. Wien hat derzeit schon durchschnittlich die derzeit größte Anzahl an Volksschulkinder in den Klassen. Im Gegensatz dazu ist Wien jedoch Schlusslicht bei den Finanzaufwendungen. Im Bundesdurchschnitt wurden im Jahr 2013 für ein Volksschulkind 7.113 Euro ausgegeben. In Wien lediglich 6.664 Euro.

Wien wird langfristig mehr finanzielle Mittel im Schulbereich benötigen, um die demographischen Veränderungen meistern zu können.

Der zukünftige Finanzausgleich sollte diese Entwicklungen durch Einbau von objektiven Kriterien (z.B. zusätzliche Berücksichtigung bei Belastungen für Schulausbauten), welche das Ausmaß der Ausgaben zur Aufgabenerfüllung berücksichtigen beinhalten.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



165. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
22.Oktober 2015

Antrag 2

Datenschutz für personenbezogene europäische Daten

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Die sofortige Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes zum „Safe Harbour Abkommen“ zwischen der EU und den USA.

Am 23.September 2015 stellte Generalanwalt Yves Bot am Europäischen Gerichtshof (EuGH) fest, dass die Europäische Kommission die USA nicht als „sicheren Hafen“ für personenbezogene Daten von EU Bürgern hätte einstufen dürfen. Aus diesem Grund hält der Generalanwalt das Datenschutzabkommen zwischen der EU und der USA für ungültig.

Der Europäische Gerichtshof entschied am 06.10.2015, dass die persönlichen Daten europäischer Internetnutzer in den USA nicht ausreichend vor dem Zugriff der Behörden geschützt sind. Damit wurde das seit dem Jahr 2000 geltende „Safe Harbour“-Abkommen für ungültig erklärt.

Amerikanische Unternehmen leiten personenbezogene europäische Daten an amerikanische Geheimdienste weiter. Aus diesem Grund muss sich die AK Wien dafür einsetzen, dass dieser unerlaubte Transfer sofort gestoppt wird.

Mit diesem Urteil muss zum Beispiel Irland sofort die Übermittlung europäischer Facebook-Daten auf Server in den USA verbieten. Bisher wollte man in Irland davon nichts wissen. Das EuGH-Urteil ermöglicht jetzt diesen Schritt.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



165. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
22. Oktober 2015

Antrag 3

Verminderung der Besteuerung von Arbeit

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Eine noch größere Entlastung der Besteuerung von Arbeit statt der Diskussion eines Hartz IV Modells für Österreich als Anreiz zur Arbeitsstellenannahme.

Seitens des Finanzministers Heinz Jörg Schelling kam im Juli, in einem Interview für die Tageszeitung „Der Standard“ die Aussage, dass es auch deshalb in Österreich so schwer sei, Arbeitskräfte zu finden, weil das Arbeitsloseneinkommen fast genauso hoch sei wie das Arbeitseinkommen. In Deutschland gebe es mit dem Hartz IV ein Modell, das offenbar besser funktioniere.

Die EU Kommission hat einen vergleichenden Bericht zu den Steuersystemen in allen 28 Mitgliedsstaaten präsentiert. Darin kann man lesen, dass Arbeitnehmer in der Gruppe der Niedrigverdiener (Durchschnittseinkommen 26.000 Euro Brutto im Jahr), die eine neue Arbeitsstelle finden, durch hohe Steuern und Abgaben in Österreich, finanziell nur beschränkt gegenüber dem Arbeitslosengeld profitieren. So verdient jemand aus dieser Gruppe im Schnitt nur ein Drittel mehr (32,2 %%), als in der Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grund muss, anstatt von einem Hartz IV Model in Österreich zu träumen, die steuerliche Belastung auf Arbeitseinkommen noch weiter verringert werden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



165. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
22. Oktober 2015

Antrag 4

Bewältigung des Flüchtlingsstromes in Europa

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Die Aussetzung des Abkommens von Dublin und gemeinsame Koordination der Maßnahmen.

Wir erleben in diesen Tagen in Europa eine Ausnahmesituation. Einzelne europäische Länder, wie eben auch Österreich, werden diesen gewaltigen Flüchtlingsstrom langfristig alleine nicht bewältigen können. Wir Europäer stehen an einem Scheideweg. Die Herausforderung mit dem Flüchtlingsstrom dieser Tage stellt unausweichlich die Weichen für die zukünftige Geschichte Europas. Wird es in den kommenden Jahren weiterhin eine europäische Gemeinschaft geben, die an die Ideale der Aufklärung glaubt, oder fallen wir wieder zu unseren Nationalismen und ihren künstlichen wie geistigen Mauern zurück.

Aus diesem Grund bedarf es eines sofortigen durchdachten Konzeptes auf europäischer Ebene mit fairen Quoten bei der Verteilung dieser hilfeschuchenden Menschen in Europa.

Das Dublin Abkommen, nach dem die Flüchtlinge im Erstaufnahmeland ihre Asylanträge stellen müssen verursacht die ungleiche Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union. Dieses Abkommen gehört in dieser Ausnahmesituation sofort ausgesetzt. Stattdessen müssen Aufnahme- und Registrierungszentren an den bekannten Orten (z.B. Griechenland, Italien etc.) geschaffen werden.

Gleichzeitig benötigen wir eine europäische Instanz, die die Verteilung der Menschen auf alle europäischen Staaten der Union vornimmt. Parallel dazu gehört das Schlepperwesen viel stärker vor Ort bekämpft. Europa muss endlich eine gemeinsame aktivere Außenpolitik zur Beendigung der Konflikte in den Krisengebieten wie z.B. in Syrien und dem Irak betreiben. Solange keine Stabilität in diesen Ländern herrscht, wird der Flüchtlingsstrom nicht abreißen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



165. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
22.Oktober 2015

Antrag 5

Keine privaten Unternehmen als Betreiber in Traiskirchen

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Die Beendigung der Flüchtlingsbetreuung durch Privatunternehmen im Flüchtlingszentrum Traiskirchen.

Sehr viele Menschen erinnern sich an die skandalösen Meldungen und Bilder aus Traiskirchen, wo sehr viele hilfsbereite Mitbürger Schlafsäcke, Decken etc. spenden wollten, diese jedoch von der privaten Lagerleitung zurückgewiesen wurden, obwohl Menschen ohne Schlafsäcke und Decken unter freiem Himmel schlafen mussten. Dieser Zustand hat private Unternehmen als Betreiber von Flüchtlingslagern untragbar gemacht.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



165. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
22.Oktober 2015

Antrag 6

Einsicht in die Akten zu den TTIP-Verhandlungen

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Die offene Einsicht in die Akten zu den TTIP-Verhandlungen.

Während in Deutschland die Bundestagsabgeordneten die Akten zu den TTIP-Verhandlungen lesen dürfen, ist es unseren Nationalratsabgeordneten als Vertreter des Volkes untersagt. Dieser Umstand ist ohne weitere Diskussion sofort zu beenden und das Leserecht zu ermöglichen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig